17. Februar 2017 ■ 61. Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

Frank-Walter Steinmeier ist am vergangenen Sonntag mit überwältigender Mehrheit zum zwölften Bundespräsidenten gewählt worden. In Berlin geht man ja routiniert mit Staatsempfängen und Großveranstaltungen um. Eine Bundesversammlung ist aber auch hier etwas Besonderes.

Neben der eigentlichen Bundesversammlung gab es noch Feiern und Empfänge, auf denen wir einem sehr entspannten und sympathischen Frank-Walter Steinmeier begegnet sind.

Er wird als Bundespräsident die Werte unserer freien und liberalen Demokratie entschlossen verteidigen und unser Land als höchster Repräsentant auch im Ausland hervorragend vertreten. Ich meine, er ist mit seiner Erfahrung in verschiedenen politischen Ämtern und Funktionen und mit seiner bodenständigen und humorvollen Persönlichkeit ein Glücksfall für unser Land.

Gleichzeitig gebührt dem scheidenden Bundespräsidenten Joachim Gauck Dank und Anerkennung für seine Verdienste. Er hat dem Amt des Bundespräsidenten mit seiner souveränen Amtsführung in den vergangenen fünf Jahren wieder Gewicht und Würde gegeben.

Treffen mit kanadischem Ministerpräsidenten Trudeau

Ich bin am heutigen Freitag mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Justin Trudeau zusammengetroffen. Als Mitglied der deutsch-kanadischen Parlamentariergemeinschaft war ich in den vergangenen Jahren zweimal in Kanada zu Gesprächen. Bei dem aktuellen Treffen mit Justin Trudeau ging es um das kanadische Verhältnis zu den USA und der Trump-Regierung und aktuell um das Wirtschaftsabkommen CETA. Wir haben aber auch energie- und umweltpolitische Thema erörtert. Mit dabei war auch die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland, die uns schon beim SPD-Parteikonvent beraten hat. Mein Eindruck nach dem Gespräch. Trudeau selbst hat mich sehr beeindruckt. Er vertritt viele Dinge, für die wir als Sozialdemokraten einstehen - herzlichen Glückwunsch Kanada, für diesen großartigen Premierminister!

(Foto: Adam Scotti)

Die SPD schafft mehr Lohngerechtigkeit

Der von Manuela Schwesig erarbeitete Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit ist ein notwendiger Schritt hin zu einem fairen Arbeitsmarkt auf dem alle die gleichen Chancen haben. Ich will, dass gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit bezahlt wird.

Auch wenn das Gebot der Gleichbehandlung im Grundgesetz verankerten ist, werden Frauen bei der Lohngestaltung in Deutschland zum Teil immer noch erheblich benachteiligt. Aktuell liegt die Lohnlücke bei gleicher und gleichwertiger Arbeit bei 21 %. Der Gesetzentwurf ergänzt die SPD-Erfolge für

eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie der gesetzlichen Quote für Frauen inFührungsposition. Dazu passt unsere aktuelle Initiative für ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.

Konkret sieht der vorliegende Gesetzentwurf zu Lohngerechtigkeit vor, dass Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten künftig einen individuellen Auskunftsanspruch haben. Damit erhalten mehr als 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht, zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden.

In Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten muss darüber hinaus regelmäßig geprüft werden, ob Frauen systematisch benachteiligt werden.

In tarifgebunden Unternehmen, sowie in Betrieben, die verbindlich einen Tarifvertrag anwenden, sollen die Beschäftigten ihren Auskunftsanspruch über die Betriebsräte wahrnehmen. So wird gleichzeitig die Rolle der Betriebsräte gestärkt und die Tarifbindung gefestigt.

Bund-Länder-Finanzen: Gleichwertige Lebensverhältnisse sichern

Wir sind dabei die Finanzbeziehungen zu den Ländern zu optimieren. Der Bund wird sich künftig noch wesentlich stärker engagieren, um die finanzielle Leistungsfähigkeit gerade auch finanzschwacher Länder zu sichern. Ich stehe für gute und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Dafür braucht man natürlich einen fairen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern.

Es ist gut, dass damit auch der Einstieg in das Ende des Kooperationsverbots gelungen ist. Ein wichtiger Erfolg für die SPD. Endlich kann auch der Bund in gute Schulen mit moderne IT Ausstattung und modernen Klassenräumen investieren. Bislang waren solche Kooperationen mit den Ländern im Schulbereich per Gesetz untersagt.

Die geplante Bundesfernstraßengesellschaft kann so nicht auf den Weg gebracht werden. Die SPD hat bereits eine doppelte Privatisierungsschranke im Gesetz durchgesetzt. Damit ist verankert, dass Bundesfernstraßen und die Bundesfernstraßengesellschaft selbst unveräußerliches Eigentum des Bundes bleiben müssen. Wir werden prüfen, ob es trotz dieser strengen Regelungen noch Schlupflöcher für eine Privatisierung unserer Bundesfernstraßen gibt. Sollte das der Fall sein, dann müssen diese ‚Schlupflöcher geschlossen werden. Auch in Zukunft muss gelten, über die Prioritäten im Straßenbau entscheidet das Parlament. Wichtig ist für uns auch, dass beim Personalübergang die Interessen der bisher bei den Ländern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewahrt bleiben.

Gewerkschaften und Personalvertretungen müssen dabei eingebunden werden. Der bisherige Gesetzentwurf von Minister Dobrindt ist an dieser Stelle völlig unzureichend und muss dringend verbessert werden.

Frank-Walter Steinmeier ist der Richtige im Amt des Bundespräsidenten

Ganz im Zeichen der Bundespräsidentenwahl stand das politische Berlin am Wochenende. Zur Bundesversammlung konnten die Abgeordneten jeweils eine Begleitperson benennen, die zwar nicht an der Versammlung, aber an den begleitenden Veranstaltungen teilnehmen konnten.

Ich habe meine Mutter nach Berlin eingeladen. Meine Lebensgefährtin, Michaela Engelmeier, hatte ihren Sohn Florian eingeladen. Beim SPD-Empfang am Vorabend der Bundesversammlung hatten wir Gelegenheit, mit Frank-Walter Steinmeier zusammenzutreffen und weitere prominente Wahlmänner und –frauen zu treffen. Unter anderem die Schauspieler Iris Berben und Mario Adorf, die Sänger Roland Kaiser und Peter Maffay und natürlich den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz.

Ich will als Präsident ein Mutmacher sein. Das Credo von Frank Walter Steinmeier, unserem neuen Bundespräsidenten, hat mich sehr beeindruckt. Ich habe ihn nach seiner Wahl auf dem Weg ins Paul-Löbe-Haus getroffen, wo es nach der offiziellen Wahl am Nachmittag einen Empfang gab und ihm persönlich, auch zu seiner Rede gratuliert, in der es auch darum ging, mutig und positiv in die Zukunft zu blicken.

Frank-Walter Steinmeier wird der zwölfter Bundespräsident Deutschlands, der dritte Sozialdemokrat in diesem Amt. Er freut sich darauf, viel in Deutschland unterwegs zu sein. Vielleicht können wir ihn ja auch mal bei uns begrüßen.“

Hier treffen Michaela und ich zusammen mit meiner Mutter und Florian Engelmeier Frank-Walter-Steinmeier bei der Party am Vorabend zur Bundespräsidentenwahl.

Gelöste Stimmung nach der Wahl auf dem Weg zum Empfang im Paul-Löbe-Haus.

Mit dem Hammer Landtagsabgeordneten Marc Herter.

NRW war stark vertreten mit unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft an der Spitze und dem für Hamm-Herringen zuständigen Landtagsabgeordneten Rüdiger Weiß.

Podiumsdiskussion um das Verpackungsgesetz

Wir sind gerade dabei über ein Gesetz zur Verpackungsentsorgung zu beraten. Wir wollen die Entsorgung der Verpackungen noch bürgerfreundlicher, effektiver und umweltfreundlicher machen. Bei einer Diskussionsveranstaltung zum Verpackungsgesetz ging es in dieser Woche um die Neuerungen. Dazu gehört auch eine dann einzurichtende zentrale Stelle, die die Lizensierung der Verpackungsabfälle und die dualen Systeme kontrollieren soll.
Ich bin mir sicher, dass wir auf den letzten Metern zum Gesetz eine Einigung mit dem Koalitionspartner noch in dieser Legislaturperiode hinbekommen werden, die den Kommunen mehr Einfluss auf die Sammlung der gelben Säcke und

Tonnen geben würde und damit noch mal eine deutliche Verbesserung für die Entsorgung vor Ort beim Bürger bedeuten würde. Die Gespräche hierzu laufen.

Betriebsratsvorsitzende Sevgi Demirbas (Mitte), Frank Müller (links), Bernd Kollmer,), Frank Schrand und Angelika Brat.

Starker Betriebsrat bei Amazon in Werne

Mitbestimmen und Mitgestalten, das sollten auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben können, deshalb ist es wichtig, dass es einen starken Betriebsrat gibt. Solch einen starken Betriebsrat hat die Firma Amazon in Werne seit 2013, mit dem ich

mich in dieser Woche erneut getroffen habe. Ich habe ein kompetentes Team getroffen, mit der Betriebsratsvorsitzender Sevgi Demirbas, Stellvertreter Bülent Cirak Frank Schrand, Frank Müller, Bernd Kollmer und Angelika Brat.

Im letzten Jahr habe ich selber im Rahmen von "Thews on Tour" mitgearbeitet und einiges über die Arbeitsbedingungen im Unternehmen erfahren. In einem Unternehmen mit rund 1600 Mitarbeitern gib es immer wieder Fragestellungen zu Arbeitsbedingungen, der Gesundheitspävention, den Arbeits- und Urlaubsbedingungen, einer fairen Bezahlung und mehr. Hier ist es wichtig dass ein Betriebsrat den Dialog mit den Mitarbeitern führt, aber auch mit der Betriebsleitung in gutem Kontakt ist, um die Anliegen der Belegschaft zu artikulieren. Mein Eindruck ist: der Betriebsrat befindet sich auf einem sehr guten Weg.

Im Gespräch über die aktuelle Gesetzesentwicklung in Berlin gab es Einigkeit über die Notwendigkeit, dass die Möglichkeiten zur Mitbestimmung für Betriebsräte gestärkt werden müssen. Nicht alles was hier notwendig ist, konnte mit unserem Koalitionspartner in der letzten Legislaturperiode erreicht werden. Eines meiner Ziele ist, dass es hier weitergeht.

Im Rahmen der Gesetzgebung zum Mindestlohn hat sich die SPD-Bundestagsfraktion insbesondere für Tarifverträge eingesetzt. Ein Unternehmen wie Amazon sollte dies unbedingt zur Kenntnis nehmen und sich mit Verdi über einen entsprechenden Tarifvertrag einigen. Ich hoffe, dass dies in absehbarer Zeit möglich ist und es endlich einen Tarifvertrag gibt, der klare Reglungen für Löhne, Gehälter, Arbeitszeiten, Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und mehr festschreibt.

Der Betriebsrat bereitet sich bereits auf dem Umzug in das neue Warenverteilzentrum vor, das Amazon im Herbst in Betrieb nehmen will. 28 Millionen Euro investiert das Unternehmen in Werne in ein hochmodernes Warenverteilzentrum. „Durch die neuen modernen Techniken, die dort zum Einsatz kommen, erwarte ich für meine Kolleginnen und Kollegen deutliche Vereinfachungen der Arbeitsprozesse", hat mir Sevgi Demirbas gesagt. Sie will den „Umzug“ mit ihren Kolleginnen und Kollegen konstruktiv begleiten.

Diese Entwicklung, die neue Arbeitsplätze in den Wahlkreis bringt, werde ich gerne unterstützen und mich insbesondere freuen, die Kolleginnen und Kollegen des Betriebsrates bei der nächsten Betriebsrätekonferenz im Wahlkreis oder in Berlin begrüßen zu können.

Die AWO-Lünen Nord hat mich zum Vorsitzenden gewählt

Der Awo-Ortsverein Lünen-Nord hat mich einstimmig zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Bei den großen Gemeinsamkeiten zwischen der Awo und der SPD habe ich mich gefreut, dass dieses Amt von Vera Kestermann-Kuschke an mich herangetragen worden ist. Ich freue mich über das große Vertrauen, das mir bei der Versammlung in der Begegnungsstätte „Gemütliche Schranke“ entgegengebracht worden ist. Der Ortsvereine hat eine stolze Bilanz vorzuweisen. Die Mitgliederzahl ist auf 130 Mitglieder gestiegen. Und für die gibt es in der Begegnungsstäte ein abwechslungsreiches Programm, dank zahlreicher ehrenamtlicher Helfer.

Der neue Vorstand der AWO-Lünen Nord.

Treffen mit der Bikernunion Hamm

Der Stammtisch der Bikerunion Hamm ist immer wieder als politische Vertretung der Motorradfahrer bei mir zu Gast. Als Mitglied und leidenschaftlicher Motorradfahrer freue ich mich über diesen intensiven Austausch. Neben vielen Verkehrspolitischen Themen war natürlich auch die Verschärfung des Vereinsrechts hinsichtlich des Abzeichen Verbots ein wichtiges Thema.
Wir haben im Bundestag beschlossen, dass Mitglieder von Motorradgangs ihre Kutten nicht mehr in der Öffentlichkeit tragen dürfen, wenn einzelne Abteilungen des Vereins (Chapter) verboten sind.

Wenn ich mich mit Vertretern der Bikerunion treffe, reise ich natürlich mit dem Motorrad an.

Das ist auch gut so. Vereine müssen sich gegenüber kriminellen Bestrebungen klar abgrenzen. Ich stehen an der Seite der Motorradclubs und Rocker, die sich nichts zuschulden kommen lassen. Klare Kante müssen wir aber gegen Vereinigungen zeigen, die ihre angebliche Motorradbegeisterung dazu nutzen, ihr kriminelles Handeln zu verschleiern.

Ich will nicht, das Motorradfahren mit dem Verbreiten von Angst und Schrecken in Verbindung gebracht wird. Darum musste jetzt etwas getan werden, um das Sicherheitsgefühl zu stärken. Die Gesetzesänderung ist angemessen und richtet sich nur gegen kriminelle oder verfassungsfeindlichen Vereinigungen.

Mehr Schutz für Polizei und Rettungskräfte

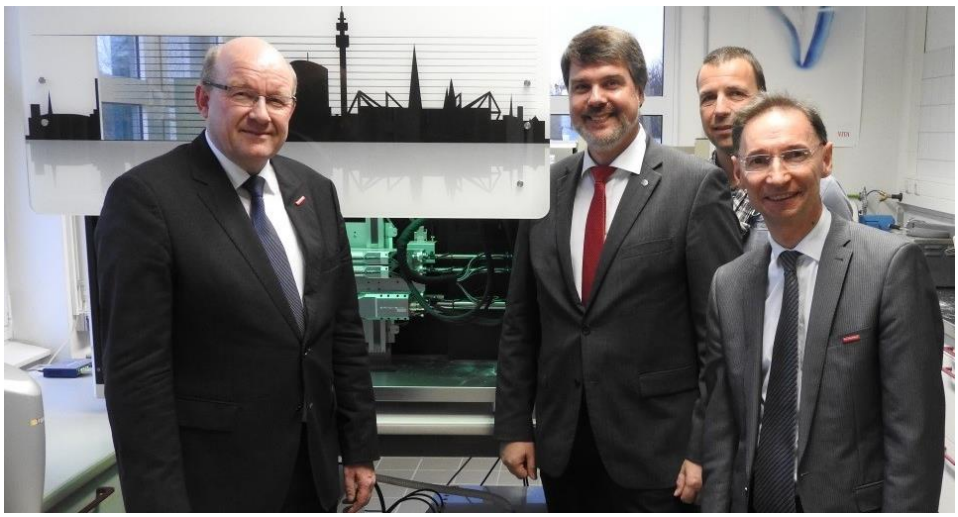
Im Jahr 2015 hat die Polizei fast 65.000 Attacken auf ihre Beamten gezählt. Deshalb sollen Angriffe auf Polizisten, Retter und Feuerwehrleute strenger bestraft werden. Das sieht ein Entwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas vor, der am Freitag im Parlament beraten wurde. Solche Angriffe sollen künftig härter bestraft werden. Neu ist auch, dass tätliche Angriffe auf Beamte auch schon bei einfachen Diensthandlungen wie Streifenfahrten und Unfallaufnahmen mit mindestens drei Monaten und bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden können. Bisher gilt das erst bei Vollstreckungshandlungen, wie Festnahmen.

Ein richtiger Schritt für mehr Sicherheit in unserem Land. Die Repräsentanten staatlicher Gewalt verdienen besseren Schutz und das gilt auch für Rettungskräfte bei der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen. Wir haben im Parlament außerdem beschlossen, mehr in die Ausstattung der Polizei zu investieren, damit die Beamten sich besser schützen können. Das gilt zum Beispiel für Body-Cams, mit denen in einigen Polizeidienststellen bereits gute Erfahrungen gemacht worden sind. Die Test laufen aber noch.

.

Überbetriebliche Ausbildung für das Handwerk

„Die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, die in unseren Bildungszentren durchgeführt wird, sichert die gleichmäßig hohe Ausbildungsqualität im Handwerk“, sagte Berthold Schröder, Präsident der Handwerkskammer Dortmund, bei einem Arbeitstreffen mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Thews.



(v.l.) HWK-Präsident Berthold Schröder, MdB Michael Thews, Fachbereichskoordinator Martin Winterkamp und HWK-Geschäftsführer Franz-Josef Panatzek in der Zahntechniker-Werkstatt des HWK-Bildungszentrums Ardeystraße.

Die Ausbildungsleistung des Handwerks stand auch im Zentrum des Werkstattrundgangs, der im Anschluss stattfand. Schröder: „Aufgrund der rasanten technischen Entwicklung werden unsere Lehrgänge regelmäßig angepasst und aktualisiert.“ So schaffe man ergänzend zur Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ein gutes Fundament für die berufliche Zukunft der Lehrlinge.

„Ich bin stolz auf unsere Handwerksbetriebe und schätze gerade die duale Ausbildung als wichtige Grundlage für den Start in das Berufsleben“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Thews. „Hier gilt es junge Menschen für diesen Weg zu begeistern und so die Zukunft der Betriebe zu sichern. Um fehlende Fachkräfte zu ersetzen und die hohe Integrationswirkung einer Ausbildung zu nutzen, muss die Politik helfen, Hürden wie z.B. Sprachprobleme bei der Ausbildung von Flüchtlingen zu beseitigen. Hier biete ich gerne meine Unterstützung an.“

Weitere Themen waren die Organisation der Handwerkskammer Dortmund sowie die Meisterpflicht als Eckpfeiler hoher Qualität im Handwerk.

Rote-Hand-Aktion gegen Kindersoldaten

In vielen Ländern werden Minderjährige als Kindersoldaten missbraucht. Grausamkeiten sind für sie an der Tagesordnung. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Weibliche Kindersoldaten werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Gegen diese schrecklichen Formen des Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen setzt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ein Zeichen. An der Roten-Hand-Aktion habe ich mich gerne beteiligt. Der rote Handabdruck ist als als Zeichen gegen den

Einsatz von Kindern und Jugendlichen als Soldaten zu verstehen. Die gesammelten roten Handabdrücke werden der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougui, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersandt.

Bürgersprechstunde auf dem Marktplatz in Selm

Das direkte Gespräch mit dem Bürger ist nicht nur „alternativlos“, ich finde das auch immer wieder interessant. Mit meinem neuen Wahlkampfequipment habe ich meine Bürgersprechstunde auf dem Markt in Selm abgehalten. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Gespräch mit mir gesucht und sich über die aktuelle Lage in Berlin, meine Arbeit und insbesondere über die Situation der SPD informiert. Für unseren Kanzlerkandidaten Martin Schulz gab es viel Zustimmung. Darüber habe ich mich sehr gefreut

Ich verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin und einem herzlichen Glückauf!

Michael Thews